

Geheimdienst: keine Nazi-Gefahr

A l'heure actuelle, la sécurité du Grand-Duché de Luxembourg (...) n'est pas directement menacée par un groupement de l'extrême droite, ni par des individus adhérant à une telle idéologie." So lautet die Antwort des Service de renseignement auf eine entsprechende woxx-Anfrage. Darüber, ob der Behörde rechtsextreme Aktivitäten oder Personen in Luxemburg bekannt sind und ob es stimmt, dass sich in diesem Jahr vermehrt Nazi-Skins am Luxemburger Hauptbahnhof herumtreiben, schweigt sich Behördenchef Marco Mille aus - mit dem Hinweis: "visant à protéger des opérations du Service (...) d'un côté et définissant les devoirs - notamment le devoir de discrétion (...), je regrette de ne pas être en mesure de vous fournir des informations plus détaillées sur le fonctionnement et les activités du Service (...) dans ce contexte." Die Nachfrage, ob denn die Sicherheit indirekt bedroht sein könnte, war nicht möglich: Der Service darf nicht direkt mit der Presse reden, sondern verschickt seine Antwort über den Pressedienst der Regierung - was erklärt, warum diese uns erst eine Woche später erreichte. Da sollten sich Luxemburgs Verfassungsschützer ein Beispiel an ihren deutschen KollegInnen nehmen. Deren Antwort bekam die woxx binnen eines Tages in schriftlicher und in mündlicher Form: Es "liegen keine konkreten Anhaltspunkte für Verbindungen saarländischer Szene-Angehöriger zu Luxemburger Rechtsextremisten vor."

Frauen beziehen häufiger Mindestlohn

Vor zwei Wochen hat die Regierung beschlossen, den Mindestlohn zum 1. Januar 2005 zu erhöhen: um 29 auf 1466,77 Euro monatlich für unqualifizierte Beschäftigte, für Minderjährige um 21,50 Euro (1100,08) und für erwachsene Qualifizierte um 35 Euro. Viel ist das nicht, die Anhebung des Mindestlohns beträgt lediglich zwei Prozent und liegt damit unter denen der Vorjahre 2001 und 2003. Eine aktuelle Studie der Generalinspektion der sozialen Sicherheit (IGSS), nachlesbar unter www.eco.public.lu, stellt zudem fest: Frauen werden wesentlich häufiger als ihre männlichen Arbeitskollegen zum Mindestlohn bezahlt. Im Gaststättenbereich, einem klassischen Niedriglohnsektor, beispielsweise arbeiten annähernd die Hälfte der weiblichen Beschäftigten zum Mindestlohn, bei den Männern sind es knapp über 30 Prozent. Auch junge ArbeitnehmerInnen zwischen 15 und 24 Jahren beziehen überdurchschnittlich oft den Mindestlohn. Auffällig ist darüber hinaus, dass von den neu geschaffenen Arbeitsplätzen drei Viertel lediglich zum Mindestlohn bezahlt werden.

Schule: Neue Versetzungskriterien

Das Bildungsministerium arbeitet an neuen einheitlichen Versetzungskriterien für den Sekundarunterricht (ES+EST). In dem Reflexionspapier, das unter www.men.lu einzusehen ist, wird am Prinzip des Kompensierens festgehalten, das Verfahren aber wird vereinfacht. Gute bis sehr gute SchülerInnen mit einer Durchschnittsnote von 40 Punkten können eine oder mehrere ungenügende Noten kompensieren. Wer überall ausreichende Leistungen (30 Punkte) erbringt, wird ebenfalls versetzt. Schwache SchülerInnen hingegen können ihre schlechten Noten nicht mehr kompensieren. Sie werden versetzt, wenn sie zum Beispiel zusätzliche Ferienarbeiten erbringen. Auch soll es, ähnlich wie im sechsten Schuljahr, für die Klassen 9ième und 4ième einen verbindlichen "avis d'orientation" geben. Bildungsministerin Mady Delvaux-Stehres plant zudem, das automatische Sitzenbleiben abzuschaffen. Der Conseil de Classe soll künftig darüber entscheiden, wann Ausnahmen möglich sind und ein SchülerIn die Klasse wiederholen darf. Dies ist jedoch an Bedingungen geknüpft. Der Vorschlag stärkt die Position der LehrerInnen und beendet zudem die luxemburgische "Ehrenrunden"-Kultur. Die Qualität des Schulsystems wird durch ein neues Versetzungsverfahren allein allerdings nicht verbessert. Eine Evaluation der Lehrerleistungen und der Programme steht noch immer aus.

Ohne endgültigen Status für den Kosovo keine Stabilität - da ist sich der Wirtschafts-wissenschaftler Muhamet Mustafa sicher. Und auch dass in der ehemaligen jugoslawischen Provinz die Minderheitenrechte respektiert werden.

(Foto: Christian Mosar)

KOSOVO

"Extremisten gibt es auf beiden Seiten"

woxx: Herr Mustafa, der albanische Staatspräsident hat einen Ex-Kommandeur der "Befreiungsarmee Kosovo" (UCK), Ramush Haradinaj, nach der Parlamentswahl zum neuen Premierminister des Kosovo ernannt. Haradinaj steht unter Verdacht, während des Kosovo-Krieges an Verbrechen gegen Serben beteiligt gewesen zu sein. Kann ein potenzieller Kriegsverbrecher als Regierungschef förderlich sein für die Stabilität in der Provinz?

Mustafa: Herr Haradinaj wurde kürzlich von dem Haager Kriegs-Tribunal einbestellt, um Informationen zu liefern. Es liegt aber nichts gegen ihn vor. Er wird nicht beschuldigt. Zwar war Haradinaj UCK-Kommandant, aber nach dem Krieg wechselte er freiwillig in die Politik und arbeitete als Politiker konstruktiv mit. Er vertritt eine gemäßigte Linie.

Was bedeutet das für die Zukunft des Kosovo?

Wir haben das erste Mal eine Regierung und eine Opposition. Nach der ersten Wahl 2001 gab es eine große Koalition, an der alle großen Parteien beteiligt waren. Wir hatten praktisch keine Opposition. Die in der Regierungskoalition vertretenen Parteien sind demokratisch. Selbst Minderheiten sind darin vertreten.

Aber die serbische Minderheit im Kosovo hat die Wahl boykottiert.

Die Serben nahmen nicht teil, weil die serbische Regierung es ihnen nicht erlaubt hat.

Bis jetzt konnte der ethnische Konflikt nicht gelöst werden.

Er ist praktisch gelöst. Aber es ist richtig, dass wir ethnische Spannungen haben.

Die haben im vergangenen April zu blutigen Auseinandersetzungen geführt, bei denen 19 Menschen starben. Es kam zu pogromartigen Ausschreitungen von extremistischen Kosovo-Albanern gegen Serben.



Es gab mehr Opfer auf albanischer als auf serbischer Seite. Was geschah, hat mehrere Ursachen. Die Ausschreitungen sind zurückzuführen auf die ökonomischen, aber auch institutionellen Probleme und nicht zuletzt auf das Fehlen einer Perspektive. Aber was das Zusammenleben der einzelnen Ethnien angeht, haben wir mittlerweile die Bedingungen geschaffen für die Partizipation ethnischer Minderheiten. Für alle Minderheiten, auch für die Serben. Sie können an allen Institutionen teilhaben. Im Parlament haben sie mehr als doppelt so viele Sitze wie ihnen proportional normalerweise zustehen. Das Problem aber sind die Folgen des Krieges. Ein Teil der Bevölkerung im Kosovo ist traumatisiert. Man fand Massengräber von Kosovo-Albanern, die von Serben getötet wurden. Sie wurden in Gräber in der Nähe von Belgrad geworfen. Viele kosovarische Frauen wurden missbraucht. Das alles nährt Spannungen, die wiederum von Extremisten genutzt werden. Und von denen gibt es auf beiden Seiten welche.

Sind weitere Ausschreitungen zu erwarten?

An den Auseinandersetzungen, die Sie angesprochen haben, nahmen insgesamt 50.000

Menschen teil. Aber die Mehrheit der Kosovaren war dagegen. Die Gesellschaft im Kosovo akzeptiert keine Gewalt gegen Minderheiten und verurteilt sie. Aber man darf nicht vergessen, dass der Kosovo noch keine Autorität in Sicherheits- und Rechtsfragen besitzt. Die sind in der Hand der internationalen Gemeinschaft, vertreten von der Unmik, die UN-Mission zur Übergangsverwaltung im Kosovo.

Im nächsten Jahr beginnen die Verhandlungen über den Status des Kosovo. Ist unter den derzeitigen Bedingungen überhaupt eine Lösung zu erwarten?

Es sollte eine ähnliche Lösung wie in den anderen Gebieten des ehemaligen Jugoslawien gefunden werden. Jede föderale Einheit soll über seine eigene Zukunft selbst entscheiden können. So auch die Kosovaren. Das wird auch mehr und mehr international akzeptiert. Ebenso von unseren Nachbarn.

Auch von Serbien?

Inoffiziell haben die Serben den Kosovo schon abgeschrieben. Nur haben sie nicht den Mut, dies öffentlich zu sagen. Die Regierung dort spielt mit den nationalen Gefühlen ihrer Bevölkerung.

Ende April nahm das serbische Parlament einen Plan

von Ministerpräsident Kostunica an, der die Errichtung von fünf autonomen Regionen im Kosovo vorsah.

Dieser so genannte Plan zur Dezentralisierung bedeutet in Wirklichkeit die Kantonisierung und Teilung des Kosovo. Das würde eine Umsiedlung zur Folge haben. Ich habe der Analyse der Europäischen Stabilitätsinitiative nichts hinzuzufügen. Leute umzusiedeln ist ein archaischer Lösungsweg. Er ist schlicht unmöglich.

Der ehemalige Unmik-Leiter Michael Steiner propagierte die Formel "Standards vor Status". Der norwegische Diplomat Kai Eide fordert dagegen eine Abkehr von diesem Ansatz. Was hat Priorität: Rechtsstaat oder Unabhängigkeit?

Die Tatsache, dass es noch immer keinen Status gibt, produziert nur Instabilität in der Region. Die Serben spielen die Kosovo-Karte, aber auch die Mazedonier und die Albaner. Der Balkan wird langfristig am europäischen Integrationsprozess teilnehmen. Deshalb muss ein endgültiger Status geschaffen werden. Bis dahin muss es einige Standards geben. Dazu gehören der Rechtsstaat und auch der Schutz von Minderheiten. Aber dazu gehört eben auch Selbstverwaltung. Die ist aber größtenteils in den Händen der Unmik. Wenn die Kosovaren selbst Rechenschaft über ihre Institutionen ablegen dürfen und diese entwickeln können - mit einem internationalen Monitoring, versteht sich -, dann wird auch mehr in die Region investiert. Auch muss die Europäische Union aktiver werden. Denn die Zukunft des Kosovo liegt langfristig in der EU.

Was hat die Unmik falsch gemacht?

Der Unmik fehlte eine Strategie, die Probleme im Kosovo zu lösen. In den ersten drei Jahren hat sie gute Arbeit im Notfallmanagement geleistet, aber jetzt müssen wir unser Bildungssystem, unsere Infrastruktur und unsere Sicherheit fortentwickeln. Darin war die Unmik wenig effizient. Zurzeit stagniert die Entwicklung im Kosovo. Die internationale Hilfe wurde radikal gekürzt. Die hohen Erwartungen sind zunehmend der Frustration gewichen. Das kann wiederum von Extremisten genutzt werden.

Kann der Kosovo überhaupt wirtschaftlich auf eigenen Beinen stehen?

Selbstverständlich, nur brauchen wir finanzielle Unterstützung wie andere Länder auch. Und wir setzen auf die junge Bevölkerung, der wir eine gute Bildung und Ausbildung anbieten müssen.

Hat auch die serbische Minderheit eine Zukunft im Kosovo? Ist ihre Sicherheit inzwischen gewährleistet?

Viele leben in serbischen Enklaven. Dort sind sie in der Mehrheit. Aber sie wollen behandelt werden wie eine Minderheit. Einige sind schon zurückgekehrt. Aber es sind noch zu wenige.

Interview: Stefan Kunzmann

Zur Person: Muhamet Mustafa unterrichtet Wirtschaft und Entwicklungspolitik an der Universität der Kosovo-Hauptstadt Pristina und leitet das Institute for Development Research Riinvest. Von 1986 bis 1989 war Mustafa jugoslawischer Minister für Entwicklung und Planung. Auf Druck von Slobodan Milosevic trat er zurück. Der 54-jährige Kosovo-Albaner, der diese Woche bei Caritas Luxemburg zu Besuch war, befürwortet eine "multi-ethnische Gesellschaft mit gleichen Chancen für alle". Die autonome serbische Provinz Kosovo steht seit 1999 unter UN-Übergangsverwaltung. Im kommenden Jahr sollen die Verhandlungen für einen endgültigen Status des Kosovo beginnen. Unterdessen befinden sich derzeit rund 500 Menschen aus dem Kosovo in Luxemburg. Ein Großteil - außer die Angehörigen von Minderheiten - will die luxemburgische Regierung in ihre Heimat ausweisen.